

'orangetrieben wird die soziale wsgrenzung eines relativ großen Bevölkerungsteils in der BRD lurch eine reaktionäre Gesundheits- und Wohnungspolitik, die len ohnehin schon sozial Schwachen immer neue Lasten aufbürlet, die sie dann kaum noch oder überhaupt nicht mehr tragen können. Vielen Familien wachsen inolge von Arbeitslosigkeit, steigender Mieten oder wegen Crankheit dann die Schulden über den Kopf.

n den SchukJnerberatungsstellen der BRD herrscht Hochkonunktur. Nach Angaben der Bundesbank haben sich die Schulden privater Haushalte in den vergangenen 10 Jahren verdoppelt. Zwischen 1978 und 1988 stieg die Gesamtsumme, mit der die Bürger der BRD bei Banken und Kreditinstituten in Kreide stehen, von 110 3uf über 228 Milliarden DM. Die durchschnittliche Verschuldung der Ratsuchenden bei den Schuldnerberatungsstellen, die n Städten und Kommunen eingerichtet wurden, liegt bei 10 000 DM. Jeder zweite Haushalt in der BRD ist mit 15000DM bei den Kreditgebern im Minus, und wenn dann die Gläubiger ihre Forderungen eintreiben, ist man sehr rasch im sozialen Abseits - im letzten Drittel der Gesellschaft.

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. In der gleichen Ausgabe der UZ-Beilage faßt Herbert Mies, Vorsitzender des Parteivorstandes der DKP, die aktuelle Lage für den Kampf der Kommunisten und aller demokratischen Kräfte in der BRD zusammen und stellt fest: „Unser Land darf nicht ständig ein Drittel seiner Menschen an den Rand sozialer Existenz drängen, wer über Menschenrechte redet, muß das Recht auf Arbeit und Mitbestimmung anerkennen.“

Siegfried Ullrich

Abteilungsleiter
im Institut für internationale Politik
und Wirtschaft der DDR

Vormarsch der Neonazis ist eine große Gefahr

Bei Wahlen in der BRD und in Westberlin erzielten Neonazis Stimmengewinne und hielten Einzug in Abgeordneten Häuser. Welches Potential besitzen diese Kräfte, und wie ist diese erschreckende Entwicklung zu erklären?

Bernd Schwarz

Mitglied der Parteileitung in der LPG (T) Goßmar, Kreis Luckau

In der BRD gibt es gegenwärtig 69 rechtsextremistische bzw. neofaschistische Parteien und Organisationen. Allein 1988 hatten sie einen Mitgliederzuwachs von 10 Prozent. Sie verfügen über 9 Buchverlage, 18 Zeitungs- und Zeitschriftenverlage »und 15 Vertriebsdienste. Die Gesamtaufgabe ihrer Publikationen beträgt 9 275 000 Exemplare.

Im Mittelpunkt der heutigen neofaschistischen Szene steht die Partei der „Republikaner“ (REP). Seit kurzem ist sie in allen Bundesländern organisiert. Den Angaben ihres Vorsitzenden, des ehemaligen Freiwilligen der Waffen-SS, Franz Schönhuber, zufolge, zählt sie mehr als 13 000 Mitglieder. 70 Prozent sind unter 30 Jahren; etwa jedes zweite Mitglied ist Beamter, Angehöriger der Polizei, der Bundeswehr oder des Bundesgrenzschutzes.

Mit ihrem Stimmenanteil von 7,5 Prozent (90 000 Stimmen, 11 Mandate) bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus sicherte sich die REP den nach der nächsten Bundestagswahl wirksam werdenden Einzug von 2 ihrer Vertreter in das oberste BRD-Parlament. Bei der Hessischen Kommunalwahl im März 1989 trat die REP in 2 Wahlkreisen an und schaffte auf Anhieb den Einzug in die kommunalen Körperschaften.

Im Aufwärtstrend befinden sich auch die rund 6 000 Mitglieder zählende „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) unter Führung von Martin Mußgnug und die etwa 15 000

Mitglieder zählende neofaschistische Gruppierung DVU-Liste D des Gerhard Frey. Die NPD erlang beispielsweise bei der Hessischen Kommunalwahl im März 1989 in 4 kommunalen Parlamenten Mandate, darunter 7 in Frankfurt am Main.

Im Januar und erneut im Mai 1989 verschickte die DVU-Liste D mit Hilfe der BRD-Post an 27 Millionen Haushalte ihre nationalistische und ausländerfeindliche Hetze und forderte unter dem Motto „Erst Deutschland - dann Europa“ zur Wahl ihrer Partei ins Europa-Parlament auf.

Für welche Ziele die DVU-Liste D und die NPD mit ihren Aktivitäten eintreten, machte der NPD-Vorsitzende M. Mußgnug deutlich, indem er aufrief zur Schaffung eines „gesamten Deutschland, einschließlich der rechtswidrig besetzten und geraubten Ostgebiete ... Sauber und ehrlich hat es zu sein, und Platz für Ausländer oder Andersdenkende ist dort nicht.“

Neben diesen 3 etablierten, wählerwirksam agierenden neofaschistischen Parteien existieren in der BRD etwa 20 militante und terroristisch orientierte neofaschistische Gruppierungen mit rund 1 500 meist jugendlichen Mitgliedern.

Die Aktivitäten und Zusammenrottungen der Neonazis erfuhren bisher stets den Schutz der Staatsorgane, vor allem der Polizei. Protestierende Antifaschisten dagegen wurden niedergeknüppelt. Angesichts der Zusammensetzung der Mitgliedschaft